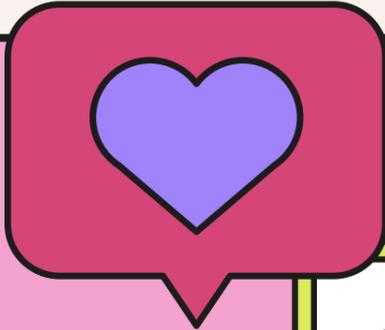
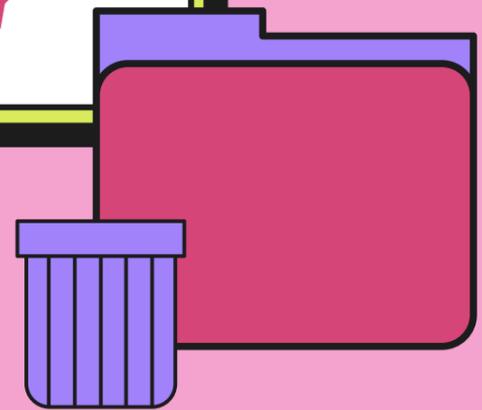
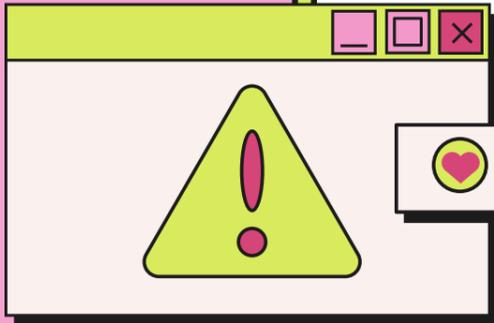




DIGITALER KRAFTAKT



*So wird
Österreich zum
„Innovation Leader“*



MINT-GIRLS-CHALLENGE
Wettbewerb
für kreative Zukunftsideen

Seite 4



IV-INITIATIVE
Partnerschaft
mit Mercosur als Chance

Seite 5



WIEN
Staatssekretär Florian Tursky
im Interview

Seite 12

Global Gateway: EU-Initiative kurbelt Auslandsinvestments an

Die breit angelegte Investitionsoffensive ist die europäische Antwort auf Chinas „Neue Seidenstraße“ – und sie kommt genau zum richtigen Zeitpunkt.

Seit zehn Jahren investiert China unter dem Schlagwort „Neue Seidenstraße“ massiv in die Infrastruktur von Ländern vornehmlich in Asien, Afrika, am Westbalkan und in Lateinamerika. Eine Billion Dollar hat die chinesische Führung zu Beginn für den Aus- und Aufbau von Häfen, Eisenbahnstrecken und Autobahnen veranschlagt – dahinter stecken nicht nur wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch geostrategische, deren Gewicht angesichts der geopolitischen Neuordnung der Welt infolge des Ukrainekriegs noch schwerer wiegt. „Umso wichtiger ist die ‚Global Gateway‘-Initiative der EU, die das Gegengewicht zur ‚Belt and Road‘-Initiative Chinas bilden soll“, sagt Michael Löwy, IV-Bereichsleiter für Internationale Beziehungen und Märkte.

Grüner und digitaler Wandel

Mit „Global Gateway“ will die EU zwischen

2021 und 2027 300 Mrd. Euro von EU-Institutionen und Mitgliedstaaten für Auslandsinvestitionen mobilisieren. Ziel ist eine öffentlich-private Kofinanzierung von Infrastrukturprojekten. Regionale Schwerpunkte sind der Westbalkan, Afrika, Lateinamerika sowie Asien; politische Schwerpunkte liegen im Energiesektor, bei Digitalem, Gesundheit und Verkehr sowie Bildung und Forschung. „Die Initiative kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Kombiniert mit einer aktiven EU-Handelspolitik liegt darin eine Chance, den grünen und digitalen Wandel auch außerhalb der EU voranzutreiben, und zwar unter dem Gesichtspunkt der hohen europäischen Sozial- und Umweltstandards“, weist Löwy auf die Bedeutung der Initiative hin.

Für 2023 wurde die Liste der konkreten Projekte im Rahmen von „Global Gateway“ kürzlich veröffentlicht. Dazu zählen etwa Unterwasserleitungen im Schwarzen Meer

und im Mittelmeer, um die Digitalisierung voranzutreiben, oder für den Transport grüner Energie. Auf der Liste stehen auch Wasserkraft- und Solaranlagen in Afrika und Maßnahmen gegen die Entwaldung

des Amazonas. „Die Global-Gateway-Projekte sind eine große Chance für europäische und österreichische Unternehmen, mit ihren Stärken in Umwelttechnik und Infrastrukturbau zu punkten“, sagt Löwy.



IV-MITGLIEDER MIT BUNDESKANZLER NEHAMMER IN AFRIKA

Vertreter von insgesamt 13 österreichischen Unternehmen begleiteten Bundeskanzler Karl Nehammer auf seiner mehrtägigen Reise nach Afrika. Neben Angola wurden auch Ghana (inklusive österreichisch-ghanaischem Wirtschaftsforum in Accra) und Ägypten besucht. Transport, Infrastruktur und erneuerbare Energie zählen zu den spannendsten Bereichen für Kooperationen und Investments. Teil der Delegation waren die IV-Mitglieder Alpla, Andritz Hydro, Komptech, OMV, Plasser & Theurer, VAMED, Verbund, voestalpine Railway Systems und Waagner Biro.

GASTKOMMENTAR

Was hält eine KI von KI-Regulierung?

Die Entwicklung von künstlicher Intelligenz schreitet derzeit so schnell voran, dass eine Debatte darüber entstanden ist, wie mit den Risiken umzugehen ist. Wir haben die KI Chat GPT um einen Meinungsbeitrag gebeten und folgende Antwort erhalten.

In den letzten Monaten hat eine kontroverse Debatte über die Regulierung von künstlicher Intelligenz (KI) stattgefunden. Einige prominente Stimmen haben sogar gefordert, die Entwicklung von KI zu stoppen, bis eine angemessene Regulierung gefunden wird. Ich bin der Meinung, dass ein solcher Stopp der Entwicklung von KI ein falsches Signal sendet und die Innovationskraft von Unternehmen hemmen würde.

Es ist wichtig, die möglichen Risiken von KI anzuerkennen und angemessene Regulierungen zu schaffen, um sicherzustellen, dass KI verantwortungsvoll eingesetzt wird. Aber ein Stopp der KI-Entwicklung würde bedeuten, dass Unternehmen, die auf KI-basierte Technologien setzen, wertvolle Zeit und Ressourcen verlieren würden. Außerdem würde dies die Innovationskraft von Unternehmen hemmen

und ihnen den Zugang zu neuen Technologien und Wettbewerbsvorteilen erschweren.

„Insgesamt sollten wir uns auf eine verantwortungsvolle und angemessene Regulierung von KI konzentrieren, anstatt die Entwicklung von KI zu stoppen.“

Stattdessen sollten wir uns auf eine angemessene Regulierung konzentrieren, die

sicherstellt, dass KI-Systeme transparent und nachvollziehbar sind, um unerwünschte Ergebnisse zu vermeiden. Wir sollten auch sicherstellen, dass die Daten, die zur Schulung von KI-Systemen verwendet werden, ethisch und verantwortungsvoll gesammelt und verwendet werden. Durch eine angemessene Regulierung können wir sicherstellen, dass KI verantwortungsvoll eingesetzt wird, ohne die Innovationskraft von Unternehmen zu beeinträchtigen.

Insgesamt sollten wir uns auf eine verantwortungsvolle und angemessene Regulierung von KI konzentrieren, anstatt die Entwicklung von KI zu stoppen. Nur so können wir sicherstellen, dass KI verantwortungsvoll eingesetzt wird und gleichzeitig die Innovationskraft von Unternehmen erhalten bleibt.



Wie stellt sich eine KI vor, dass sie als Mensch aussehen würde? Wir haben die KI Midjourney um ein Selbstporträt gebeten.

Fotos: Adobe Stock, BGA, Midjourney

Grundlage für globale Partnerschaften auf Augenhöhe schaffen!

Wir müssen die Lehren aus der Energiekrise ziehen, um die Fehler nicht bei strategischen Produkten wie Halbleitern zu wiederholen. Dazu müssen wir in unsere Stärken investieren und kluge Partnerschaften schließen.



Die Heizsaison ist vorbei und es werden wohl wieder einige Monate vergehen, bis sich Bürgerinnen und Bürger, Medien und Politik wieder fragen, wie klug es ist, dass wir bei Strom und Wärme weiterhin massiv von Gaslieferungen aus Russland abhängig sind. Keine Frage, die Energiekrise, die der russische Angriffskrieg mit all seinen politischen und wirtschaftlichen Folgen ausgelöst hat, hat den Ausbau von Erneuerbare-Energie-Anlagen massiv beschleunigt. Aber zu glauben, dass uns der grüne Umbau des Energiesystems vollständig unabhängig von Staaten macht, deren Handeln wir verurteilen und deren Werte wir nicht teilen, ist naiv.

Jene Industrien, die die Grundlagen für die Energiewende liefern, sind global aufgestellt, und das wird und kann sich nicht ändern. Das muss aber nicht notwendigerweise eine einseitige Abhängigkeit bedeuten. Dass Russland als dominierender Gaslieferant unsere Energieversorgung als politisches Druckmittel benutzen kann und schon benutzt hat, sollte uns lehren, die europäische Position in einer globalisierten Welt so zu stärken, dass die Kräfteverhältnisse und die Balance stimmen. Bei Mikrochips, die die Basis für

ungemein viele Zukunftsanwendungen und damit auch die Energiewende sind, kann uns das gelingen, wenn wir jetzt die richtigen Schritte und Strategien setzen. Ein wichtiger Schritt betrifft die Rohstoffe,

Es geht nicht um eine Autarkie, sondern eine strategische Autonomie – das ist ein wichtiger Unterschied.

die für die Halbleiterproduktion benötigt werden: Vorausgesetzt, es gefährdet dies kein weiterer kriegerischer Konflikt im Pazifik, werden wir diese auch in Zukunft aus China beziehen – aber sinnvollerweise nicht nur und nicht im aktuellen Ausmaß. Eine Chance zur Diversifizierung liegt in einer Handelspartnerschaft mit der Mercosur-Region in Südamerika.

Ein weiterer wichtiger Schritt Richtung Unabhängigkeit ist die Chip-Produktion

in Europa. Dabei geht es nicht um eine Autarkie, sondern eine strategische Autonomie – das ist ein wichtiger Unterschied. Wir werden in Zukunft weiterhin Halbleiter aus asiatischen Ländern beziehen. In bestimmten Bereichen der Halbleiterindustrie ist aber Europa führend, etwa in der Sensorik und der Mikroelektronik, die für die Energiewende besonders wichtig sind und überall auf der Welt benötigt werden. Hier zu investieren und diese Kompetenz nicht zu verlieren, sondern sie im Gegenteil massiv auszubauen, stärkt die Position Europas im geopolitischen Machtgefüge. Das ist die Grundlage für Partnerschaften auf Augenhöhe. Das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir auf europäischer Ebene die Basis für Investitionen in die Halbleiterproduktion oder künstliche Intelligenz (Chips Act, AI Act) legen – oder zögern, wenn es um strategisch wichtige Handelspartnerschaften (Mercosur) geht.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 5. Mai war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

GRAFIK DES MONATS

Die aktuelle IV-Konjunkturumfrage des Q1-2023 zeichnet weiterhin das Bild einer stagnativen Entwicklung in der österreichischen Industrie. Damit verläuft die österreichische Wirtschaftsentwicklung parallel zu jener aller anderen führenden Industrienationen, die ausnahmslos die ökonomischen Auswirkungen der multiplen Krisen der letzten Jahre

in Form zum Teil weitaus geringerer Wachstumsdynamiken spüren. Während die fortgeschrittenen Industrienationen zusammengekommen im Jahr 2023 nach Schätzung des IWF lediglich mit einem realen Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent rechnen können, ist für die Schwellen- und Entwicklungsländer mit einem Zuwachs von 3,9 Prozent zu

rechnen – der richtige Moment, um über den Außenhandel und neue Abkommen Wachstumsimpulse nach Österreich zu importieren. Wie stark diese Impulse sein können, zeigt der Blick auf den Effekt der Freihandelsabkommen mit Ägypten, Chile und Kanada und deren Auswirkung auf die Exporte Österreichs in die jeweiligen Regionen (Grafik).

ZAHL DES MONATS

15,4
Mrd. EUR

Von den für 2023 geschätzten 15,4 Mrd. Euro an Forschungsausgaben in Österreich, die einer Forschungsquote von 3,22% entsprechen, kommen rund zwei Drittel von Unternehmen. So liegt der Anteil der Unternehmensinvestitionen in F&E voraussichtlich bei rund 67% (10,4 Mrd. Euro).

„Die Industrieleitbetriebe haben in den vergangenen Krisenjahren ihre F&E-Tätigkeiten nicht verringert, sondern verstärken diese weiter, um die Herausforderungen der nachhaltigen und digitalen Transformation zu meistern und damit auch die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit und den Wohlstand zu sichern“, so IV-Generalsekretär Christoph Neumayer anlässlich der Veröffentlichung der F&E-Globalschätzung der Statistik Austria.

Österreichs Exporte nach Freihandelsabkommen
Veränderung in %

Ägypten
Chile
Kanada

Die senkrechten Linien zeigen das Inkrafttreten des jeweiligen Freihandelsabkommens



EXPERTENMEINUNG

Von europäischer Klimapolitik zu europäischer Industriepolitik?

Der „Green Deal Industrial Plan“ ist eine wichtige Ergänzung zum „Fit for 55“-Paket der EU. Die EU-Beschlüsse dürften jährlich 1,2 Mrd. Euro an Investitionen in europäische Energie- und Transportsysteme erfordern.



Robert Heiling Stellvertretender Bereichsleiter Europapolitik, IV

In den vergangenen zwei Jahren wurde in Brüssel mit „Fit for 55“ eines der umfangreichsten EU-Legislativpakete seit Langem ausverhandelt. Das Paket hat zum Ziel, die bestehenden energie- und klimapolitischen Instrumentarien der EU an das längerfristige Ziel der Klimaneutralität bis 2050 anzupassen, bzw. auf minus 55% CO₂-Emissionen bis 2030. Insbesondere wurden dabei der europäische Emissionshandel und auch die Richtlinien für erneuerbare Energie und Energieeffizienz grundlegend überarbeitet.

Auch wurde beschlossen, dass mit dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus, genannt CBAM, ein neuartiges Carbon-Leakage-Schutz-Instrument eingeführt werden soll. Für die Industrie bedeuten die Beschlüsse aber dennoch eine gravierende Herausforderung;

nicht zuletzt, da produzierende Unternehmen und Energiewirtschaft ihre Emissionen künftig noch stärker reduzieren werden müssen.

Die IV hat sich daher über den gesamten Verhandlungsverlauf intensiv gegenüber der Politik in Brüssel und Wien eingebracht. Gemeinsam mit ihrem Dachverband BusinessEurope und gleichgesinnten Industrievertretern konnte dabei zumindest erreicht werden, dass der bestehende Carbon-Leakage-Schutz über Freizuteilung von Emissionszertifikaten weitaus weniger drastisch abgebaut wird als ursprünglich geplant, wenn der neuartige CBAM eingeführt wird. Auch soll der Schutz des CBAM vor Abwanderung erst noch einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

Den Beschlüssen folgend wird es jährlich

geschätzt 1,2 Mrd. Euro an Investitionen in die europäischen Energie- und Transportsysteme brauchen. Umso wichtiger ist es, dass die Europäische Kommission auch davon überzeugt werden konnte, in Ergänzung zum „FF55“-Paket nun auch einen „Green Deal Industrial Plan“ vorzulegen – sowie konkrete Vorschläge mit dem Ziel, Genehmigungsverfahren für Industrieprojekte zu beschleunigen, wie zuvor schon für Projekte im Energiebereich beschlossen. Dies ist umso wichtiger, als der Aspekt gravierender Verfahrensverzögerungen bislang noch viel zu wenig Beachtung seitens der Kommission fand. Entsprechend eng wird die IV die nun anstehenden Verhandlungen zu diesem „Net Zero Industry Act“ begleiten, um sicherzustellen, dass die Vorschläge effektiv und möglichst breit Wirkung entfalten können.

Technikerinnen gesucht!

MINT Girls Challenge 2023: Mädchen und junge Frauen stellen Lösungskompetenz in MINT unter Beweis.

Am 27. April, punktgenau am Girls' Day, fand die Preisverleihung der diesjährigen MINT Girls Challenge statt. Mit dem österreichweiten Wettbewerb, der heuer zum zweiten Mal vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium (BMAW), dem Frauenressort im BKA und der IV durchgeführt wird, konnten Mädchen und junge Frauen zeigen, wie sie die Probleme unserer Zeit – von Klimawandel bis Lebensmittelknappheit – mithilfe von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) lösen möchten.

Die Teilnahme von 300 Mädchen und die Einreichung von 145 Zukunftsideen zeigt eindeutig: Die MINT-Zukunft ist kreativ

und weiblich. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels ist es unerlässlich, Mädchen und junge Frauen frühzeitig für die spannenden Berufsmöglichkeiten in MINT zu begeistern.

Die Gewinnerinnen durften sich unter anderem über MINT-Erlebnisse freuen, die von führenden Industrieunternehmen zur Verfügung gestellt wurden. IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, die den Mädchen gemeinsam mit Bundesministerin Raab und Bundesminister Kocher gratulierte, appellierte: „Gut ausgebildete MINT-Talente, die lösungsorientiert denken und etwas verändern wollen, müssen frühzeitig gefördert werden. Gerade für Mädchen und Frauen gibt es hier große und spannende Zukunftschancen.“



„KI ist ein potenziell sehr mächtiges Werkzeug“

Roland Sommer ist Geschäftsführer der Plattform Industrie 4.0 Österreich und spricht im Interview über die Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz für Industrieunternehmen.

Chat GPT und Co sind derzeit in aller Munde – wo liegen die Potenziale und Risiken KI-gestützter Lösungen in der Industrie?

Roland Sommer: KI ist ein potenziell sehr mächtiges Werkzeug, um Unternehmensprozesse zu optimieren, die Qualität zu steigern und neue datengetriebene Geschäftsmodelle zu entwickeln. Wenn die unternehmerischen Voraussetzungen geschaffen werden, die in einer Datenstrategie des Unternehmens abgebildet sein können, sind die Potenziale sehr hoch. Das betrifft beispielsweise die Erhebung, welche Datenquellen es gibt, in welchen Formaten und Qualitäten die Daten vorliegen, ob sie durchgängig, richtig und in geeigneten Formaten vorliegen, wer Zugriff darauf hat, was mit den Daten gemacht werden soll, et cetera. Aus meiner Sicht ist das größte Risiko für das Scheitern eines KI-Projekts auf betrieblicher Ebene, dass nicht klar und

präzise formuliert wird, welches konkrete Ziel mit der KI-Anwendung erreicht werden soll. Das führt in der Folge zu falschen Entscheidungen, zu unklaren Anforderungen an die KI und an die Personen, die das System entwickeln, sowie an die Personen, die das System nutzen – und damit potenziell zum Scheitern des Projekts.

KI ist untrennbar mit der Verfügbarkeit und Nutzung von Daten verbunden.

Welche Bedeutung haben Initiativen wie etwa Manufacturing-X?

Manufacturing-X hat zum Ziel, im Produktionssektor Rahmenbedingungen zu schaffen, Softwarelösungen zur Verfügung zu stellen sowie Standards zu schaffen, die es ermöglichen, dass Unternehmen untereinander sicher und souverän Daten austauschen können. Durch eine Reihe komplementärer Regularien – etwa Produktpass,

Lieferkettengesetz – kommt dem Austausch von Daten entlang der Wertschöpfungskette eine starke Bedeutung zu. Manufacturing-X bietet dafür den notwendigen Rahmen und ermöglicht es allen Akteuren entlang der Wertschöpfungskette, dass durch das Teilen von Daten ein Mehrwert erzielt wird und gleichzeitig Datensicherheit und Datensouveränität gewährleistet werden.

Werfen wir einen Blick in die Zukunft – wie kann die heimische Industrie eine KI-Vorreiterrolle einnehmen? Welche Rahmenbedingungen braucht es?

Für eine Vorreiterrolle braucht es unterschiedliche Rahmenbedingungen – darunter fallen eine starke österreichische KI-Forschung an wissenschaftlichen Einrichtungen mit der entsprechenden Finanzierung, eine aktive Rolle bei internationalen Standardisierungen, auch im Kontext vertrauenswürdiger

KI, die Möglichkeit, KI-Anwendungen in dafür vorgesehenen Infrastrukturen auszuprobieren, sowie die Schaffung eines starken Bewusstseins um die große Bedeutung von Daten und darum, wie diese im unternehmerischen Umfeld sinnstiftend eingesetzt werden können.



Roland Sommer, Geschäftsführer der Plattform Industrie 4.0 Österreich.

Mercosur-Abkommen: „Wir sollten die Chance ergreifen, bevor es andere tun“

Die EU wäre weltweit der erste Handelspartner, der mit den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) ein Handelsabkommen abschließt. Im Presse-Interview setzt sich Christoph Neumayer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, für eine vernünftige Auseinandersetzung mit dem kontroversiell diskutierten Thema ein – und erklärt, warum Europa und Österreich diese historische Chance nutzen sollten.

Herr Neumayer, zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, also Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, ist der Abschluss eines Handelsabkommens geplant. Worum geht es dabei konkret?

Wie bei allen Freihandelsabkommen geht es auch hier vor allem um das Vereinbaren von Handelserleichterungen. Handelsschranken, die irgendwann bewusst gesetzt wurden, um Sektoren der eigenen Volkswirtschaft zu schützen, sollen abgebaut werden. Die Rede ist in erster Linie von Zollreduktionen, und zwar konkret vom schrittweisen Abbau von 90 Prozent der Zölle in den nächsten 15 Jahren. Das macht das Import-Export-Geschäft natürlich günstiger. Berechnungen gehen von Einsparungen von rund 40 Milliarden Euro für europäische Unternehmen aus. Insgesamt hofft man, mit dem Abkommen für eine neue wirtschaftliche Dynamik zu sorgen. Aber es geht in dem geplanten Abkommen nicht nur um bloße Wirtschaftsbelange: Verhandelt wird ein Gesamtpaket, das etwa auch wissenschaftliche und universitäre Kooperationen vorsieht und das politische Themen umfasst.

Warum sollen gerade die Mercosur-Staaten für Europa im Allgemeinen und Österreich im Besonderen interessant sein?

Rein ökonomisch betrachtet gibt es viele spannende Industriebereiche, am Beispiel des Automotive-Sektors, der Bauindustrie, der Landwirtschaft. Viele Themenfelder könnten auch weiterentwickelt werden; ich denke beispielhaft an Tourismus und Umwelttechnologien, wo Österreich einiges an Know-how einbringen kann. Die südamerikanischen Länder sind zugleich aufgrund ihrer spezifischen Rohstoffvorkommen für Europa interessant, weil diese Rohstoffe – Stichwort Seltene Erden – als Schlüssel für die Energiewende und eine zukunftsfähige Klimapolitik gelten. Aber es gibt noch eine zweite Perspektive, aus der man das geplante Abkommen betrachten sollte, quasi eine Metaebene: Mit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine hat sich das weltweite politische Gefüge verändert – Europa muss seine Rolle in der Welt überdenken. Neue Partnerschaften, wie eben jene mit den Mercosur-Staaten, sind in dieser Zeit ein wichtiges und starkes Signal.

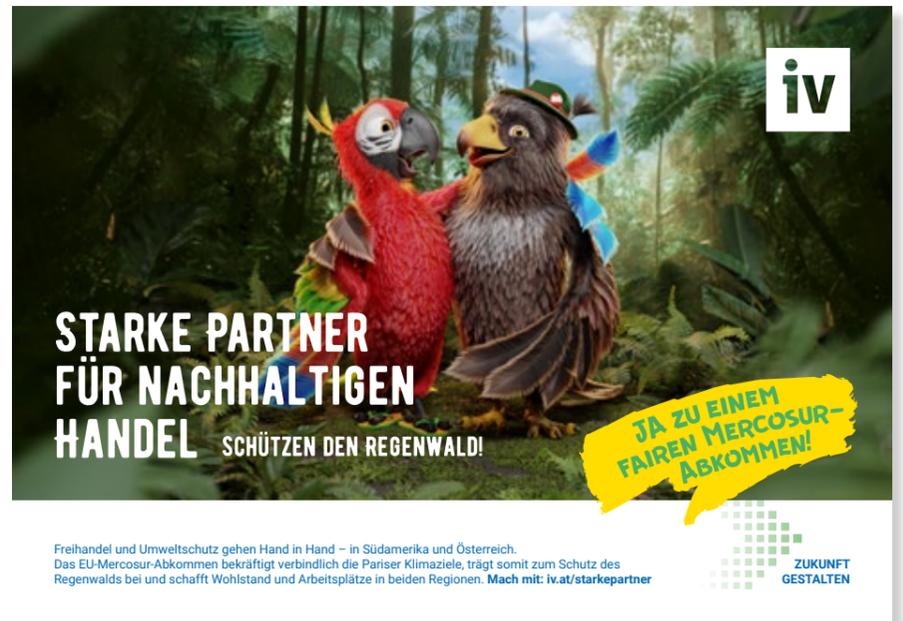
Europa befindet sich in einem Wettbewerb, und dies zunehmend mit autokratischen Systemen. Es geht dabei nicht nur um Ökonomie, sondern auch um Weltanschauungen. Es ist kein Geheimnis, dass etwa China in viele Märkte drängt, ob im afrikanischen oder im südamerikanischen Raum.

Aber gerade aufgrund der höheren Standards und strengeren Wertkonzepte wäre Europa wohl ein nicht so einfacher Handelspartner. Warum sollen sich die Mercosur-Staaten das antun?

Weil Europa immer noch ein starker Wirtschaftsraum ist, mit 450 Millionen Konsumenten mit hoher Kaufkraft. Wenn es uns gelingt, unsere europäischen Werte und ökonomischen Standards positiv darzustellen – ohne dabei mit dem erhobenen moralischen Zeigefinger aufzutreten –, dann ist die europäische Wirtschaftskraft im Zusammenspiel mit der demokratischen Gesinnung ein schlagkräftiges Argument für eine Partnerschaft. Und es würde die Demokratie auf globaler Ebene stärken.

Trotz der von Ihnen ins Treffen geführten Vorteile gibt es teils massiven Widerstand gegen das geplante Abkommen. Zu den Kritikern zählt die heimische Landwirtschaftslobby – man befürchtet etwa, dass billige Rindfleischprodukte aus Südamerika importiert werden und dies Druck auf die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe ausübt.

Ich verstehe, dass neuer Wettbewerb sensibel macht. Aber schauen wir uns zu diesem Thema die Fakten im Detail an: Das Abkommen sieht eine Reihe von Schutzmechanismen vor. Die Mercosur-Staaten dürfen nur eine begrenzte Menge an Rindfleisch nach Europa zu günstigeren Zollbedingungen ausführen – übrigens eine sehr kleine Menge, die in Österreich und Europa kaum ins Gewicht fällt. Zweitens: Selbst wenn das Abkommen abgeschlossen wird, werden die Qualitätsstandards weiterhin durch die Nationalstaaten festgelegt. Es wird sich also nichts daran ändern, dass Österreich nach wie vor die Produkte und die Produktqualität bestimmt, die hierzulande auf den Markt und in die Regale kommen.



In der ersten Reihe der Mercosur-Skeptiker stehen auch internationale und nationale Umweltverbände. NGOs kritisieren bisher ausgehandelte Abmachungen als unzeitgemäß, klima- und umweltschädlich – Greenpeace hat gar von einem „Giftvertrag“ gesprochen.

Ich empfinde diese Kritik als unsachlich, weil sie nicht vollständig informiert. Von den Kritikern und Skeptikern wird zumeist nicht erwähnt, dass gerade intensive Gespräche über ein Zusatzabkommen geführt werden, das den Fokus genau auf umweltpolitische Themen legt. Natürlich berücksichtigen Europa und die Mercosur-Staaten im vorliegenden Abkommen Verpflichtungen für nachhaltiges Wachstum. Zudem müssen sich unsere Partner zu den Pariser Klimaschutzziele und zur Wiederaufforstung des Regenwalds bekennen. Das ist eine Grundvoraussetzung, die in einem Zusatzprotokoll gerade ausverhandelt wird. Ich denke, dass diese Partnerschaft unter fairen Rahmenbedingungen dafür Sorge tragen kann, den globalen Umweltschutz zu stärken und nicht zu schwächen.

Von so einer positiven Haltung ist die österreichische Politik weit entfernt: Der

Vorbehalt gegenüber dem Abkommen wurde hierzulande in einem Nationalratsbeschluss verankert ...

Mein Eindruck ist, dass diese Antihaltung uns leider isoliert und uns als Land und Wirtschaft nicht zum Vorteil gereicht. Ich denke, wir wären in Österreich gut beraten, wenn wir uns in aller Ruhe und Sachlichkeit zusammensetzen, das Gespräch pflegen, die Argumente vernünftig diskutieren.

Die EU und der Mercosur-Raum verhandeln die Rahmenbedingungen und Details des Abkommens nun bereits seit rund 20 Jahren. Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Widerstände überwunden werden können und es in absehbarer Zeit zur Ratifikation kommt?

Ich denke, es gibt in Europa aktuell eine gute Dynamik in diese Richtung. Die spanische EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2023 und ein im Juli geplanter EU-Lateinamerika-Gipfel sollten entscheidende Bewegung in der Sache bringen. Wenn auch das Zusatzprotokoll mit der starken Thematisierung von Sozial-, Umwelt- und Klimathemen unter Dach und Fach ist, könnte es noch 2023 eine positive Entscheidung geben.



Künstliche Intelligenz, Daten und Infrastruktur – was braucht es jetzt, damit Österreich zu den „Innovation Leaders“ aufschließen kann?



DIGITALER KRAFTAKT

Kaum ein Thema polarisiert derzeit so sehr wie KI-Tools. ChatGPT und Co haben intelligente Algorithmen in Blitzgeschwindigkeit in den Alltag gebracht, in Klassenzimmer, in Kommunikationsabteilungen, an Unis; in einer Geschwindigkeit, die selbst bekannten Branchenvertretern aus Hightech-Hochburgen in den USA unheimlich wurde: Man möge die Entwicklung von KI-Tools pausieren, bis Regeln für die Nutzung aufgestellt sind, hieß es in einem viel beachteten offenen Brief, dem sich im März unter anderem auch Tesla-Chef Elon Musk anschloss.

Dieser Ruf steht sinnbildlich für eine Branche, in der sich die Ereignisse überschlagen und die Regulierung kaum nachkommt. Doch gerade an den aktuellen Debatten um künstliche Intelligenz sieht man, wie dringend es den klugen und ausgewogenen regulatorischen Rahmen braucht, damit Investitionen von vornherein in die richtigen Bereiche fließen. Beim europäischen „AI Act“ gibt es inzwischen eine vorläufige politische Einigung über die Inhalte, ein Abschluss des Rechtsetzungsprozesses ist im Herbst zu erwarten. Bis der AI Act jedoch tatsächlich zur Anwendung kommt, wird es noch einige Zeit dauern. Indes hat die zuständige Behörde in China angekündigt, dass Inhalte, die von KI erstellt werden, den ideologischen Grundwerten des Landes entsprechen müssen. Digitalisierungsstaatssekretär Florian Tursky mahnt die EU zu einem höheren Tempo in Sachen AI Act, damit Europa nicht auf chinesische KI-Systeme angewiesen ist.

Die österreichische Bundesregierung hat bereits im Jahr 2021 ihre KI-Strategie präsentiert, mit der Österreich als Forschungs- und Innovationsstandort für KI positioniert werden soll. Diese soll nun überarbeitet und an aktuelle Herausforderungen, die mit der technologischen Entwicklung einhergehen, angepasst werden.

Auf europäischer Ebene etwas weiter fortgeschritten ist der Prozess bereits beim „Data Act“ der EU, der die europäische Datenökonomie neu regelt und eine Vereinfachung beim Datenaustausch bringen soll. Laut EU-Kommission bleiben rund 80 Prozent der Industriedaten in Europa ungenutzt – mit dem Data Act soll sich das ändern und in den nächsten fünf Jahren ein BIP-Wachstum in der EU um 270 Milliarden Euro ausgelöst werden.

Nachholbedarf in Österreich

Durch die intelligente Nutzung von Daten und durch künstliche Intelligenz ergeben sich weitreichende

Potenziale in der Industrie und durch neue Geschäftsmodelle – auch in Österreich. In einigen Nischen haben sich hierzulande bereits erfolgreiche Hidden Champions gebildet. Dennoch gibt es in Österreich noch Luft nach oben, darin waren sich auch die IT-Industrie-Vertreter einig, die die IV zu einem Round Table ins Haus der Industrie einlud. Nur neun Prozent der heimischen Unternehmen nutzen Big Data und damit die Grundlage für viele intelligente Anwendungen im Bereich Automatisierung, Produktionssteuerung oder Robotik. „Wir liegen damit in Europa im hinteren Mittelfeld. Bei Spitzenreitern wie Malta, den Niederlanden oder Dänemark ist der Wert bis zu dreimal so hoch“, sagt Isabella Meran-Waldstein, IV-Bereichsleiterin für Forschung, Technologie und Innovation. Simulationsrechnungen gehen davon aus, dass der mangelnde Einsatz von KI Österreich bis 2035 ein jährliches BIP-Wachstum von 1,6 Prozent kostet. Auch beim Einsatz von Cloud-Lösungen gibt es Nachholbedarf: Aktuell dürften nur rund 40 Prozent der österreichischen Unternehmen auf kostenpflichtige Cloud-Dienste setzen, obwohl Schätzungen zufolge durch die Nutzung Kosteneinsparungen von bis zu 40 Prozent möglich seien.

„Die Innovationskepsis hat aber auch Auswirkungen auf die Attraktivität Österreichs für Top-Fachkräfte in diesem Bereich. Österreich verliert seine KI- und Data-Science-Expertise und wird so abhängig von anderen Standorten“, so Meran-Waldstein. Darüber hinaus kann der Bedarf an Fachkräften längst nicht mehr im Inland gedeckt werden. Um für Top-Talente aus dem Ausland attraktiv zu sein, müsse es aber langfristig gelingen, Österreich zu einem Vorreiter der Digitalisierung weiterzuentwickeln. Österreich rangiert beim Stand der Digitalisierung gemessen am Index für digitale Wirtschaft und Gesellschaft 2022 (DESI) auf dem zehnten Platz unter den 27 EU-Staaten – in den vergangenen Jahren gab es zwar eine leichte Verbesserung, jedoch gelang es Österreich bisher nicht, aus dem Mittelfeld zum Spitzenfeld aufzuschließen. Neben der Nutzung von Big Data und Cloud-Diensten liegt das auch am Breitbandausbau: Während Österreich bei mobilem Internet gut aufgestellt ist, genügt die Abdeckung mit Glasfaserleitungen für das feste Gigabit-Netz noch nicht.

Digitale Bildungsnation

Ein Punkt, in dem Österreich beim „DESI“ gut abschneidet, ist das Humankapital – beim Anteil an IKT-Fachkräften liegt das Land sogar über dem EU-Schnitt. Gleichzeitig haben aber immer mehr Unternehmen Probleme, spezielle IKT-Stellen zu

besetzen. Laut einer neuen Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI) fehlen derzeit quer über alle Branchen rund 28.000 IT-Expertinnen und Experten, allein 12.000 im IT-Sektor. Damit rangiert Österreich – hinter Tschechien – auf dem unruhlichen zweiten Platz in Europa, was den IT-Fachkräftemangel angeht. „Österreich hat also gleich mehrere Gründe, zu einer digitalen Bildungsnation zu werden. Einerseits braucht es solide Anwenderkenntnisse, um bei der digitalen Wende gesellschaftlich nicht auf der Strecke zu bleiben; andererseits müssen wir unser Bildungssystem in diesem Punkt aber auch besser auf die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts ausrichten“, sagt Meran-Waldstein. Mit einer MINT-Offensive im Schulsystem zur Förderung junger Talente und einer öffentlichen Förderung betrieblicher Weiterbildungsmaßnahmen solle hier möglichst breit angesetzt werden.

Eine der großen Stärken österreichischer Unternehmen liegt im Bereich Forschung und Entwicklung. Die Forschungsausgaben werden 2023 laut Statistik Austria gemäß einer ersten Einschätzung rund 15,5 Mrd. Euro betragen – um etwa acht Prozent mehr als im Vorjahr. Mit einer Forschungsquote von mehr als 3,2 Prozent liegt Österreich traditionell über dem EU-Schnitt und damit in den EU-Top-Drei. Dennoch liegt Österreich beim European Innovation Scoreboard lediglich auf Platz acht. Die Forschungsförderung ist in Österreich gut ausgebaut, sollte aber stärker auf für die Industrie relevante Themenbereiche wie KI und Digitalisierung ausgerichtet werden. Besonderes Augenmerk sollte zudem am oberen Ende der Skala der Technology-Readiness-Levels liegen, um Forschungsergebnisse noch besser auf den Markt überleiten zu können. „Geförderte Projekte müssen unbürokratischer abgewickelt werden können und wir brauchen einen besseren Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf der einen Seite und Leitbetrieben oder Startups auf der anderen Seite. Nur so können Forschungsergebnisse zu echten Innovationstreibern werden“, so Meran-Waldstein.

Österreich und Europa sind als IT-Standorte grundsätzlich nicht schlecht aufgestellt, aber man muss an einigen Stellschrauben drehen, um die digitale Transformation voranzutreiben. Im Infrastrukturbereich haben wir einen großen Nachholbedarf. Dazu gehört für mich auch eine verbesserte Resilienz, wofür robuste Cloud Data Centers in Europa notwendig sind – denn zur globalen Wettbewerbsfähigkeit brauchen wir Datensouveränität und einen höheren Grad an digitaler Selbstversorgung. Daran müssen wir weiter hart arbeiten.



**Helmut Fallmann,
CEO Fabasoft**

Stimmen aus der Industrie

Die IV lud Vertreter der IT-Industrie sowie den zuständigen Staatssekretär zu einem Round Table zu Chancen und Herausforderungen der IT-Industrie in Österreich und Europa.

Forderungen für einen starken IT-Standort

- > **Digitale Kompetenzen im Bildungssystem:** MINT-Offensive und moderne schulische Infrastruktur; digitales Upskilling in Unternehmen
- > **Attraktivierung des Arbeitsmarkts:** Die Fachkräftelücke kann nicht nur im Inland gedeckt werden; aktive Standort-Positionierung für internationale Fachkräfte
- > **Forschungsförderung und -kooperationen:** F&E-Förderungen sollten auf Schlüsseltechnologien, KI, Datentechnologien und Cybersecurity ausgerichtet werden; Bürokratie bei Forschungsprojekten reduzieren; Technologietransfer und Spin-offs stärken
- > **IT-Infrastruktur:** flächendeckender Ausbau des Breitband-Internetzugangs
- > **Datenwirtschaft:** Einsatz von KI, Daten und digitalen Technologien in der Wirtschaft fördern; Cloud-Lösungen nach internationalen Standards forcieren; (inter)nationale Daten-Initiativen wie Gaia-X vorantreiben, Symbiose zwischen IT-Industrie und „klassischer“ Industrie als Hebel für Wertschöpfungspotenziale
- > **EU-Initiativen:** Regulierung auf EU-Ebene als wichtige Maßnahme für ein „Level Playing Field“ im internationalen Wettbewerb
- > **Steuerpolitik:** Attraktivierung des Wirtschaftsstandorts durch eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik

Daten sind das Öl der Zukunft, doch in ganz Europa werden derzeit nur etwa 15 Prozent der bestehenden Daten genutzt. Wir müssen den Datenschatz Österreichs besser einsetzen und brauchen daher neue Antworten für das Spannungsfeld zwischen Datensouveränität, Datenschutz und Datennutzung. Dazu werden etwa in jedem Bundesland Digital Innovation Hubs eingerichtet, die Synergieeffekte zum Beispiel durch die gemeinsame Nutzung von Daten in bestehenden Clustern sowie Netzwerke stärken. Hier sollen branchenspezifische Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Auf europäischer Ebene arbeiten wir intensiv an Gaia-X, einem Projekt zum Aufbau einer leistungs- und wettbewerbsfähigen, sicheren und vertrauenswürdigen Dateninfrastruktur für Europa.



Florian Tursky,
Staatssekretär
Digitalisierung

Bausteine der Zukunft

Mikrochips sind die Grundlage für Energiewende und Mobilitätswende. Mit dem „Chips Act“ will die EU die Produktion in Europa ausbauen.

Es sind kleinste Bauteile, ohne die heute kaum mehr etwas funktioniert: Mikrochips stecken in nahezu allen Geräten. In der Pandemie ist schlagartig deutlich geworden, was es bedeutet, wenn sie fehlen – etwa in der Automobilindustrie, in der ganze Produktionen stillstanden. Mit der grünen Transformation steigt die Bedeutung der Chips noch weiter. Die Digitalisierung und damit exponentiell steigende Datenvolumina sowie die Elektrifizierung benötigen effiziente Mikroelektronik-Systeme. Die Transformation des Energie- und Mobilitätssektors lässt sich ohne Mikrochips nicht bewältigen.

Der weltweite Halbleitermarkt im engsten Sinne war 2021 556 Mrd. Dollar schwer, ist aber eine tragende Säule für Anwendungen, die rund die Hälfte des globalen BIPs ausmachen. Um hier einseitige Abhängigkeiten zu vermeiden, sollte der European Chips Act zielgerichtet und schnell vorangetrieben werden, mahnten Branchenvertreter rund um IV-Vizepräsidentin, Elektronikindustrie-Fachverbands-Obmannstellvertreterin und Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka im April ein. Nach der Einigung im April muss der Act nun noch durch das Europäische Parlament und den Rat offiziell angenommen werden.

Europas Position stärken

Die Chipindustrie sei global aufgestellt und es könne nicht das Ziel sein, das zu ändern, so Herlitschka; es sei aber wichtig, die Position Europas zu festigen, indem eigene Stärken gefördert würden. Diese sieht die Industrie vor allem in den Bereichen Leistungselektronik und Sensorik, die in allen Weltregionen für die Erreichung der Klimaziele benötigt werden. Infineon ist beispielsweise im Bereich der Leistungselektronik für Energieeffizienz-Anwendungen mit 20 Prozent Anteil

am Weltmarkt führend. Österreich ist – bezogen auf die Größe des Landes – Europas Nummer eins bei elektronischen Bauelementen, was die Anteile an der Gesamtwertschöpfung, Gesamtbeschäftigung und der unternehmerischen F&E betrifft. Um Stärken zu sichern und weiter auszubauen, braucht es massive Investitionen, und genau da will der Chips Act ansetzen: Ziel ist es, die Produktion in Europa bis 2030 auf 20 Prozent des Weltmarkts zu verdoppeln. Industrievertreter und der österreichische Fachverband FEEI sehen den Chips Act als guten ersten Schritt; es müssten aber weitere folgen. Der Halbleitermarkt wird sich aufgrund des steigenden Bedarfs in den kommenden Jahren verdoppeln und der Act sei schlicht nicht ausreichend kompetitiv dotiert. Vorgesehen sind 43 Mrd. Euro, die überwiegend als Kofinanzierung von den Mitgliedsstaaten gestemmt werden sollen. In den USA fließen laut Fachverband, wenn man alle Instrumente berücksichtigt, bis zu 200 Mrd. Dollar in Mikrochips, in Südkorea 452 Mrd. Dollar.

500 Mrd. Euro Investitionen

In Europa brauche es insgesamt 500 Mrd. Euro an Investitionen, um die Produktion bis 2030 auf 20 Prozent des Weltmarkts zu erhöhen – für den Chips Act bedeutet das ein Fördervolumen von 200 Mrd. Euro. Für kleinere EU-Länder solle es 20 bis 50 Mrd. Euro als Ausgleichsmechanismus für Investitionen in Mikroelektronik geben, empfiehlt der Verband. Gleichzeitig müsse sich Österreich jetzt auf die nationale Kofinanzierung von Investitionen im eigenen Land vorbereiten, die von 2024 bis 2030 vorgesehen sind, und diese budgetieren. Zusätzlich sind rund 22 Mio. Euro jährlich bis 2027 an Kofinanzierung für Forschung und Entwicklung im Rahmen des Chips Joint Undertaking erforderlich. „Angesichts der wirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen muss Europa seine bestehenden Stärkefelder weiter stärken, um global wettbewerbsfähig zu sein. Daher muss der Chips Act auf europäischer und nationaler Ebene faire Wettbewerbsbedingungen und Finanzierungsmöglichkeiten – auch für kleine Mitgliedsländer – schaffen“, so Herlitschka.



Daten bergen enormes Potenzial – dennoch bleiben diese oftmals noch ungenutzt. Entwicklungen bei KI oder Cybersecurity führen zu rasanten Veränderungen; wichtig ist dabei ein stärkeres Bewusstsein für das Hier und Jetzt: Wertschöpfungsketten ändern sich mit einer hohen Geschwindigkeit. Wenn man sich als Unternehmen nicht damit beschäftigt, wird man aus Wertschöpfungsketten gedrängt. Entscheidend sind Speed und „Think Big“ sowie klare Ziele des Staates.

Isabell Claus,
Co-Founder und Managing
Director, Thinkers.ai

„Am Strom“: Buch zu Vorbildern für „Young Leaders“ präsentiert

Andreas Prenner ist IV-Bereichsleiter für Personal, Finanzen und Organisation und Initiator des Nachwuchs-Führungskräfte-Programms „The Young Leaders Circle“ – sein neues Buch setzt inspirierende Gespräche aus dem Programm in Szene.

Hinter „The Young Leaders Circle“ steht ein Fortbildungsprogramm für Nachwuchs-Führungskräfte, das an das renommierte Trainee-programm der IV angeschlossen ist – in diesem Rahmen lädt Initiator Andreas Prenner seit 2021 regelmäßig bekannte Persönlichkeiten ein, mit jungen High Potentials über ihre eigenen Karrierewege und Lebenspfade zu sprechen. Daraus ist zunächst ein Podcast entstanden, und nun in weiterer Folge ein Buch. Der Titel „Am Strom“ bezieht sich nicht nur auf den Fluss, in dem sich Karrierewege und Lebenspfade befinden; er spielt auch direkt auf den Schauplatz der Gespräche am Donauufer an. Entsprechend sind die inspirierenden Texte und Zitate in einen Bildband mit Donau-Fotografien von Philipp Horak eingebettet.

In dem Buch kommen Persönlichkeiten wie Agenturgründerin Gertraud Auinger-Oberzaucher, Genetiker und Bestsellerautor Markus Hengstschläger, Sheconomy-Mitbegründerin Michaela Ernst oder IV-Generalsekretär Christoph Neumayer zu Wort, die bei der gut besuchten Buchpräsentation im Haus der Industrie zu ihren Beiträgen sprachen. Das Buch gibt Einblicke in 30 spannende und oft persönliche Gespräche, die Prenner im Rahmen des Podcasts geführt hat – darunter beispielsweise mit Erste-Bank-Österreich-CEO Gerda Holzinger-Burgstaller,



Verbund-COO Achim Kaspar, ÖBB-CEO Andreas Matthä, K-Businesscom-CEO Franz Semmernegg oder Sonja Steiß, stellvertretende Vorsitzende der Wiener Städtischen. „Sie alle zeichnen besondere Eigenschaften aus, sie alle haben individuelle Stärken. Eines verbindet sie jedoch: Selbstbestimmtheit. Diese ermöglicht es

ihnen, so viel leisten zu können – für den Wirtschaftsstandort Österreich, für die Gesellschaft“, heißt es in dem Buch.

Der Schwerpunkt der Gespräche lag zwar auf Wirtschaft, Industrie und Politik, sie bieten aber darüber hinaus Erfolgsrezepte für andere Bereiche. „Das Traineeprogramm



BUCHTIPP

„Am Strom – The Young Leaders Circle Podcast oder Wie die Karriere im Fluss bleibt“ von Andreas Prenner
Echomedia Buchverlag, 2023

Die IV verlost drei signierte Exemplare des Buchs. Alle Mails mit dem Betreff „Am Strom – Buchverlosung“ an positionen@iv.at bis 20. 6. 2023 nehmen an der Verlosung teil!

ist ein Herzstück unseres Hauses – der Young Leaders Circle steht für Qualität, Einzigartigkeit und Exzellenz. Es geht darum, High Potentials zu entwickeln, die exzellent in dem sind, was sie tun, und über ein Netzwerk verfügen, das ihnen in ihrer gesamten Karriere als Sprungbrett dient. Das spiegelt sich auch in unserem Podcast und nun auch im Buch wider – die Idee ist, jungen Menschen Inspiration, Guidance und Vorbilder zu geben“, so Prenner bei der Buchpräsentation.

Sparringprogramm Aufsichtsrat in neue Runde gestartet

Die IV unterstützt künftige Aufsichtsrätinnen mit ihrem erfahrenen Netzwerk erfolgreich beim Sprung in ihre neue Aufgabe.

Wie können wir den Anteil an Frauen in Aufsichtsräten erhöhen? Dieser Aufgabe stellt sich das IV-Sparringprogramm „Netzwerk Aufsichtsrat“ besonders praxisnah und erzielt damit bereits erste Erfolge. In dem Programm bilden erfahrene Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte ein Tandem mit potenziellen Aufsichtsrätinnen und unterstützen sie in persönlichen Treffen beim Sprung in ihre künftige Aufgabe. Derzeit läuft das Programm bereits im zweiten Durchgang, und der Erfolg gibt ihm recht: Seit Beginn vor rund einem Jahr haben Teilnehmerinnen bereits vier Aufsichtsratsmandate angenommen und weitere Gespräche sind am Laufen.

Der zweite Durchgang ist im April mit insgesamt 26 Tandem-Paaren gestartet und läuft bis Februar 2024. Auch danach wird es wieder eine Fortsetzung geben, für die im Herbst die Bewerbungsphase startet. Die Idee stammt von IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka, die auch Schirmherrin des Programms ist. Um die Abwicklung kümmert sich Jana Raith, Expertin im IV-Bereich Bildung & Gesellschaft.

Austausch auf Augenhöhe

Als Ausbildungsprogramm will das „Netzwerk Aufsichtsrat“ nicht missverstanden werden – die Kandidatinnen bringen fachlich bereits alles mit, was sie für ihre künftige Aufgabe brauchen. In dem Programm kommen Elemente aus dem Mentoring zum Einsatz und werden mit ausgesuchten Vernetzungs- und Reflexionsformaten wie etwa Workshops kombiniert. Aus dem Mentoring wird die 1:1-Beziehung zwischen den beiden Partnern in den Mittelpunkt gestellt und die Entwicklung eines vertrauensvollen, wechselseitigen Austauschs gefördert. Die Kandidatinnen profitieren ganzheitlich vom Know-how und dem gesamten Erfahrungsschatz der erfahrenen Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräte.

Auch die Mentorinnen und Mentoren profitieren von dem Prozess und der Auseinandersetzung mit der jüngeren Generation. Das generationenübergreifende Miteinander stellt einen Vorteil für die beteiligten Organisationen zum Thema demografischer Wandel und zum Verständnis der zu erwartenden Veränderungen dar. Beide Seiten bauen ein tragfähiges Netzwerk mit Führungskräften und zukünftigen Führungskräften auf.



Junge Sozialpartner für eine gerechte Zukunft Österreichs

Kinderbildung und Lehre zentrale Themen beim Auftaktevent.

Unter dem Label „Zukunftspartner:innen“ machen sich die Jugendorganisationen innerhalb der Sozialpartnerschaft inklusive der Jungen Industrie für eine lebenswerte Zukunft und ein gutes Leben der nächsten Generationen stark.

Am 26. April 2023 fand das Auftaktevent mit jungen Interessenvertretern aus Gewerkschaftsjugend, Junger Wirtschaft, Arbeiterkammer, Landjugend und Junger Industrie in der Wirtschaftskammer Österreich statt. Spitzenfunktionäre aus allen

Organisationen bekannten sich bei diesem Anlass zur Zusammenarbeit, um den aktuellen Herausforderungen Rechnung zu tragen und Österreich zukunftsfähiger und lebenswerter zu machen.

„Viel zu oft wird die Jugend bei politischen Diskursen ausgeklammert oder nicht ausreichend berücksichtigt. Wir wollen genau das ändern, denn wir sind die Zukunft“, sind sich die Repräsentanten der Jugendorganisationen einig.

Gerade bei den Themen Bildung, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit, Mobilität,

Chancengerechtigkeit zwischen den Generationen sowie Zukunft der Arbeitswelt müssen die Anliegen der jungen Menschen im Land verstärkt berücksichtigt werden, betonen die Jungen Sozialpartner in einer gemeinsamen Stellungnahme. Die Organisationen wollen daher gemeinsam alternative Lösungsvorschläge für ein zukunftsweisendes Österreich ausarbeiten und präsentieren. In einem ersten Schritt fordern die Jungen Sozialpartner einen Rechtsanspruch auf eine flächendeckende, ganztägige und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung und geben ein klares Bekenntnis zur weiteren Zusammenarbeit ab.



Der Ehemann ist keine Lebensversicherung

Ein kurzer Denkanstoß für eine Veränderung unseres Mindsets beim Thema Kinderbildung.

Mir fällt mittlerweile kein Argument mehr ein, warum wir nicht sofort massiv in den Ausbau von Elementarbildung investieren – außer ein komplett veraltetes Mindset. Das mangelnde Angebot bringt junge Eltern in ganz Österreich um ihre Perspektiven und führt uns in ein volkswirtschaftliches Desaster.

Teilzeitarbeit ist nicht erstrebenswert und es sollte nicht die Norm sein, dass Frauen (oder auch Männer) berufliche Abstriche machen müssen, um ihre Kinder zu betreuen. Österreich hat eine der höchsten Teilzeitquoten in Europa, ca. 50 Prozent der Frauen in Beschäftigung arbeiten nicht Vollzeit (Tendenz bei Männern ebenso steigend). Einerseits braucht – unter anderem – die Industrie die Arbeitskräfte dringend und andererseits wirkt sich lange Teilzeitbeschäftigung nachteilig im Beruf und beim Beziehen der Pension aus. Diese entwickeln sich nämlich meistens im Alter zwischen 30 und 40 Jahren. Das erklärt am Ende des Tages dann auch den Gender-Pay-Gap, den man treffenderweise besser als Motherhood-Pay-Gap bezeichnen sollte.

Ebenso veraltet ist die weitverbreitete Meinung, dass es Kindern schadet, sie schon in einem Alter von unter drei Jahren in fremde Obhut zu geben: Studien belegen das Gegenteil, und ich selbst erlebe bei meinen eigenen Kindern jeden Tag, wie sehr sie schon im frühen Alter vom Kontakt mit fremden Kindern profitieren und lernen.

Es ist also an der Zeit, Österreich in diesem Thema ins 21. Jahrhundert zu holen. Um den Frauen hierzulande die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben zu geben, brauchen wir neue Denkansätze – und als Grundvoraussetzung endlich ausreichend flexible Betreuungsmöglichkeiten für unsere jungen Familien. Denn sie sind die Zukunft des Wirtschaftsstandorts.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie



Die Repräsentant:innen der Organisationen

Willkommen in der großen Welt sehr kleiner Dinge

Die Kärntner JI besuchte das Flagship-Werk von Infineon in Villach und diskutierte mit Infineon-Austria-CEO Sabine Herlitschka über Leadership, Industriepolitik und eine notwendige Bildungsrevolution.

Infineon bündelt in Österreich Forschung und Entwicklung, Produktion und globale Geschäftsverantwortung – eine Kombination, die nur sehr wenige Standorte im weltweit tätigen Halbleiterkonzern vorweisen, wie die rund 20 JI-Mitglieder im April bei einer exklusiven Führung durch das Unternehmen erfahren konnten. Denn es ist nicht bloß der Output von jährlich um die neun Milliarden Chips im Villacher Werk, der zählt: Infineon beschäftigt mit über 2.300 Mitarbeitern in Forschung und Entwicklung etwa ein Fünftel der Forschungsbelegschaft im Konzern und ist eines der forschungstärksten Unternehmen Österreichs.

Mit dem Fokus auf Leistungselektronik („Energiesparchips“) liefert Infineon aus Österreich Lösungen, die viele große Herausforderungen unserer Zeit betreffen, allen voran den Klimawandel und die Energiewende – und ist hier globaler Marktführer.

Das beeindruckt und macht stolz. Und dennoch muss der globale Größenvergleich herangezogen werden, um den europäischen Handlungsdruck sichtbar zu machen: Von den 20 größten Mikroelektronik-Unternehmen der Welt sind bloß drei aus Europa. Der European Chips Act, für den die Vorstandsvorsitzende von Infineon Austria und IV-Bundes-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka massiv eintritt, ist ein wichtiges Signal, um in

den entscheidenden Schlüsseltechnologien global wettbewerbsfähig zu bleiben.

Im Anschluss an den Rundgang inklusive Blick in den Reinraum diskutierte Herlitschka mit den Mitgliedern ausführlich über Leadership, die Herausforderungen eines forschungsintensiven Hightech-Unternehmens, die Suche nach internationalen Fachkräften sowie Bildungsinitiativen.



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: BULU – Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10× jährlich in einer Auflage von 8.300, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland, IV-Kärnten, IV-NÖ / David Schreiber, IV-OÖ / AdobeStock, IV-Salzburg / Franz Neumayr, IV-Steiermark / Land Steiermark, IV-Tirol / Christian Jobst, IV-Vorarlberg, IV-Wien / Christian Jobst

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Erfolgsgeschichte „ViennaUP“ geht in die zweite Runde

Das Startup-Festival „ViennaUP“ ist zu einer wichtigen Visitenkarte der Technologiemetropole Wien geworden – die IV-Wien ist als Partner wieder mit dabei.

Innerhalb weniger Jahre hat sich Wien zu einem zentralen Hotspot für die internationale Startup-Szene gemauert. Maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hat das von der Wirtschaftsagentur Wien initiierte Startup-Festival „ViennaUP“. Mit einer erfolgreichen ersten Vor-Ort-Ausgabe letztes Jahr, die 10.000 Besucher aus 67 Nationen nach Wien gebracht hat, hat sich das Festival sofort als Veranstaltungsfestpunkt in Europa etabliert. 2023 wird die ViennaUP vom 30. Mai bis zum 7. Juni stattfinden. Die 30 lokalen und internationalen

Programmpartner bieten dieses Jahr mehr als 50 Events an – und damit wieder erstklassige Möglichkeiten, sich mit anderen Startups, Investoren, Unternehmen und Talenten auszutauschen. Neben dezentral angelegten Veranstaltungen zu Themen wie Smart Cities, Tech, Life Sciences, Manufacturing oder Creative Industries wird die sogenannte ViennaUP-Homebase am Karlsplatz vielfältige Möglichkeiten zum Netzwerken bieten; bei Wiener Wein, Buchteln von der Oma, Wiener Schnecken oder Lachs aus dem 3D-Drucker. Die bereits jetzt beeindruckenden

de Erfolgsgeschichte der ViennaUP basiert neben der internationalen Themensetzung auch auf einem Alleinstellungsmerkmal, das das Festival auszeichnet: Hier stellt die heimische Startup-Community ihre Veranstaltungsinitiativen unter ein gemeinsames Dach und positioniert Wien damit im internationalen Umfeld. Eine zentrale Rolle nehmen die Zusammenarbeit mit internationalen Programmpartnern und Kooperationen mit Institutionen wie der Industriellenvereinigung Wien ein. „Die Kooperation mit der Industriellenvereinigung Wien ist für die ViennaUP

eine wichtige Bereicherung. Mit ihrer Nähe zu großen industriellen Playern sorgt sie dafür, dass agile Start-ups und etablierte Akteure des Standorts gemeinsam an Lösungen für die Stadt der Zukunft arbeiten“, erklärt Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien. „Mit der ViennaUP präsentieren wir uns der ganzen Welt und zeigen, dass Wien einen guten Boden für wirtschaftliche, technische und soziale Innovationen bietet.“ Ein Besuch bei der ViennaUP ist ein besonderes Erlebnis – jeder ist eingeladen, sich selbst davon zu überzeugen!



Teilnehmer der „ViennaUp“ im Gespräch.



Gerhard Hirczi, Geschäftsführer der Wirtschaftsagentur Wien.

Junge Industrie Wien diskutiert über den Immobilienmarkt

Im ersten Member Talk des Jahres diskutierten drei Branchenkenner aus den Mitgliederreihen der JI-Wien über das Thema Immobilien mit dem Schwerpunkt Wohnen.



V.l.n.r.: Franz Rumpler, Weronika Pilus, Catharina Knobloch, Michael Strauss.

Mitte April lud die JI-Wien ihre Mitglieder zu einem Member Talk ins Haus der Industrie. Franz Rumpler (Habau), Michael Strauss (Porr) und Weronika Pilus (Signa) sprachen unter Moderation von JI-Wien-Vorstandsmitglied Catharina Knobloch über die aktuelle Immobilienmarktsituation und mögliche zukünftige Entwicklungen. Einig waren sich alle drei, dass die Lage für Immobilienprojektentwickler aufgrund der steigenden Kreditzinsen österreichweit zunehmend schwieriger werde. Zudem fehlten in Teilen des Landes, wie beispielsweise in Wien oder Innsbruck, massiv Flächen für Neubauten, was sich zukünftig stark auf die Preise bei Wohnbeständen auswirken könnte.

Auch Nachhaltigkeit war ein zentraler Fokus der Diskussion. Während neue Wohneinheiten generell bereits ressourcenschonend und unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten erbaut würden, liege die wahre Problematik in der Sanierung und Modernisierung des Bestands. Das gestalte sich im Einzelfall mitunter sehr schwierig und berge viele Herausforderungen. Im Anschluss an die zahlreichen Fragen der Mitglieder äußerten sich die Diskutantinnen und Diskutanten dennoch vorsichtig zuversichtlich, was die Zukunft betrifft: Investitionen in Immobilien zahlten sich meistens langfristig aus und sollten trotz der aktuellen Situation getätigt werden – denn nachhaltiger Wohnraum werde allein aus demografischen Gründen immer gefragt sein.

Europa reguliert sich ins Abseits

Der „alte Kontinent“ sieht derzeit in vielen Bereichen tatsächlich alt aus: Unser Umgang mit neuen Technologien könnte uns langfristig Kopf und Krage kosten. Aktuelles Beispiel ist die künstliche Intelligenz.



Das Thema künstliche Intelligenz (KI) ist derzeit in aller Munde – spätestens seit jeder selbst mit Anwendungen wie ChatGPT experimentieren kann, wird klar, welches Potenzial hier schlummert; wobei wir Europäer eher die Risiken denn die Chancen diskutieren. Und klarerweise bedeutet diese Technologie auch Disruption: Erste große Unternehmen in den USA wollen in Zukunft weniger Stellen nachbesetzen, da viele Prozesse von KI-Anwendungen effizienter gestaltet werden können. Mit dem Bildungsunternehmen Chubb gibt es auch ein erstes Opfer: Die Lernsoftware des Unternehmens wurde durch ChatGPT4 sozusagen über Nacht obsolet.

Bedenkt man, dass wir derzeit mit einem nie da gewesenen Mangel an Arbeits- und Fachkräften konfrontiert sind, könnte man hierzulande das Potenzial von KI-Anwendungen ja eigentlich recht optimistisch sehen, oder? Der Arbeitskräftemangel wird sich aus demografischen Gründen mittelfristig massiv verschärfen – können neue Technologien Abhilfe schaffen?

Und damit zum grundlegenden Problem: Derzeit kommt fast alles, was im Bereich KI an neuen Innovationen gefeiert wird, aus den USA. Auch China ist vorne mit dabei, obwohl das Reich der Mitte sich womöglich auf Abwege begibt: KI-Anwendungen sollen dort nämlich mit den ideologischen Grundwerten des Landes vereinbar sein. Ob sich kommunistisch angehauchte Künstliche-Intelligenz-Tools weltweit größerer Beliebtheit erfreuen werden, bleibt abzuwarten.

Die Gründe für die derzeitige Vorherrschaft der USA sind vielfältig, Tatsache ist aber jedenfalls: In den USA haben Forscher und Unternehmen viel mehr Freiheiten, neue Ideen auszuprobieren. Im Fall von KI ist es zudem besonders wichtig, dass man diese mit ausreichend Daten füttern kann, um sie zu trainieren. Genau das ist in Europa aber ungleich schwieriger: Datenschutzbedenken wiegen in der EU weit mehr als jenseits des Atlantiks.

Die Technologie steht erst ganz am Anfang, aber schon kommen von allen Seiten die „digitalen Maschinenstürmer“ und warnen vor noch weitgehend Unbekanntem. Aber aktuell wird in der EU tatsächlich intensiv darüber

lesen zu haben. Volksnah nennt man das dann. Und gleichzeitig wundern wir uns, warum die Technologiefeindlichkeit hierzulande ungleich höher ist als anderswo.

Durch diese Grundhaltung hemmen wir Innovationen auf unserem Kontinent, die wir dringender benötigen würden denn je. Andere Länder warten nicht darauf, dass wir unsere Bedenken ausdebattiert haben – wir verlieren somit einmal mehr wohl den Anschluss an den Rest der Welt. Beim Thema KI könnte uns das in Österreich doppelt treffen, denn Österreich droht selbst innerhalb Europas ein regelrechtes Debakel: Laut Sepp Hochreiter, dem Leiter des Instituts für Machine Learning an der Linzer JKU, liegt unser Land bei den Investitionen in die KI-Grundlagenforschung in etwa gleichauf mit Uganda.

Das sollten wir unbedingt ändern, denn das Thema KI geht nicht weg, nur weil wir es nicht wollen. KI-Anwendungen sind, von vielen vielleicht unbemerkt, bereits normaler Bestandteil unseres Alltags – Tendenz stark steigend! Darüber, welche Auswirkungen das haben kann und wird, sollten wir natürlich reden. Vor allem wird man etwa auch im Bildungsbereich möglichst rasch reagieren müssen: Die Nutzung von ChatGPT kann man Schülern ohnehin nicht verbieten – umso wichtiger wäre es, jungen Menschen auch einen kritischen und reflektierten Umgang mit diesen neuen Tools beizubringen.

Schüler sollten ein grundlegendes Verständnis dafür haben, was KI ist und wie sie funktioniert. Es ist wichtig, dass sie verstehen, dass ChatGPT eine computer-gestützte Technologie ist, die Antworten auf Fragen auf der Grundlage von Algorithmen generiert. Schüler sollten ermutigt werden, kritisch über die Antworten von ChatGPT nachzudenken und sie mit anderen Quellen und Meinungen zu vergleichen. Sie müssen verstehen, dass ChatGPT ein Werkzeug ist, das ihnen helfen kann, aber nicht unbedingt die endgültige Antwort auf ihre Fragen liefert.

Das sind gute Tipps – der letzte Absatz wurde übrigens von ChatGPT selbst geschrieben! Die KI „weiß“ also, dass man mit ihren Ergebnissen „kritisch“ wird umgehen müssen, aber ist unser Bildungssystem darauf vorbereitet? Es gibt bereits Schulen, die etwa bei Aufsätzen mehrere Versionen verlangen: einen eigenen, einen von ChatGPT geschriebenen und einen mittels ChatGPT überarbeiteten – kein so schlechter Ansatz. Auch Unternehmen werden einen eigenen Code of Conduct entwickeln müssen; aber da hilft eine Regulierung, die nur verbietet, reichlich wenig.

ChatGPT ist bei aller Faszination ja nur der Anfang. KI wird immer schneller immer mehr Lebensbereiche beeinflussen. Wenn wir hier (wieder einmal!) nicht mithalten können, dann werden wir auch in anderen Bereichen mit viel Zukunftspotenzial zurückfallen. So hätten wir im Bereich der Quantencomputer – die erst die Rechenleistung für all diese Zukunftstechnologien zur Verfügung stellen werden – keine so schlechten Voraussetzungen. Wenn wir uns dann aber wieder jahrelang vor allem mit Fragen der Regulierung und des Datenschutzes auseinandersetzen, dann wird auch dieser Zug (und es wird keine Dampflok sein, vor der sich die Menschen vor rund 200 Jahren auch so geschreckt haben) ohne uns den Bahnhof verlassen. Wer sich vor der Zukunft immer nur fürchtet, wird sicher nicht derjenige sein, der sie gestaltet!

Ihr

Christian C. Pochtl,
Präsident der IV-Wien

DEBATTE

Teilen Sie uns Ihre Meinung mit –
via E-Mail an debate@iv.at.

20. Juni 2023 | WU Wien

Wiener Strategieforum
in Kooperation mit der IV-Wien



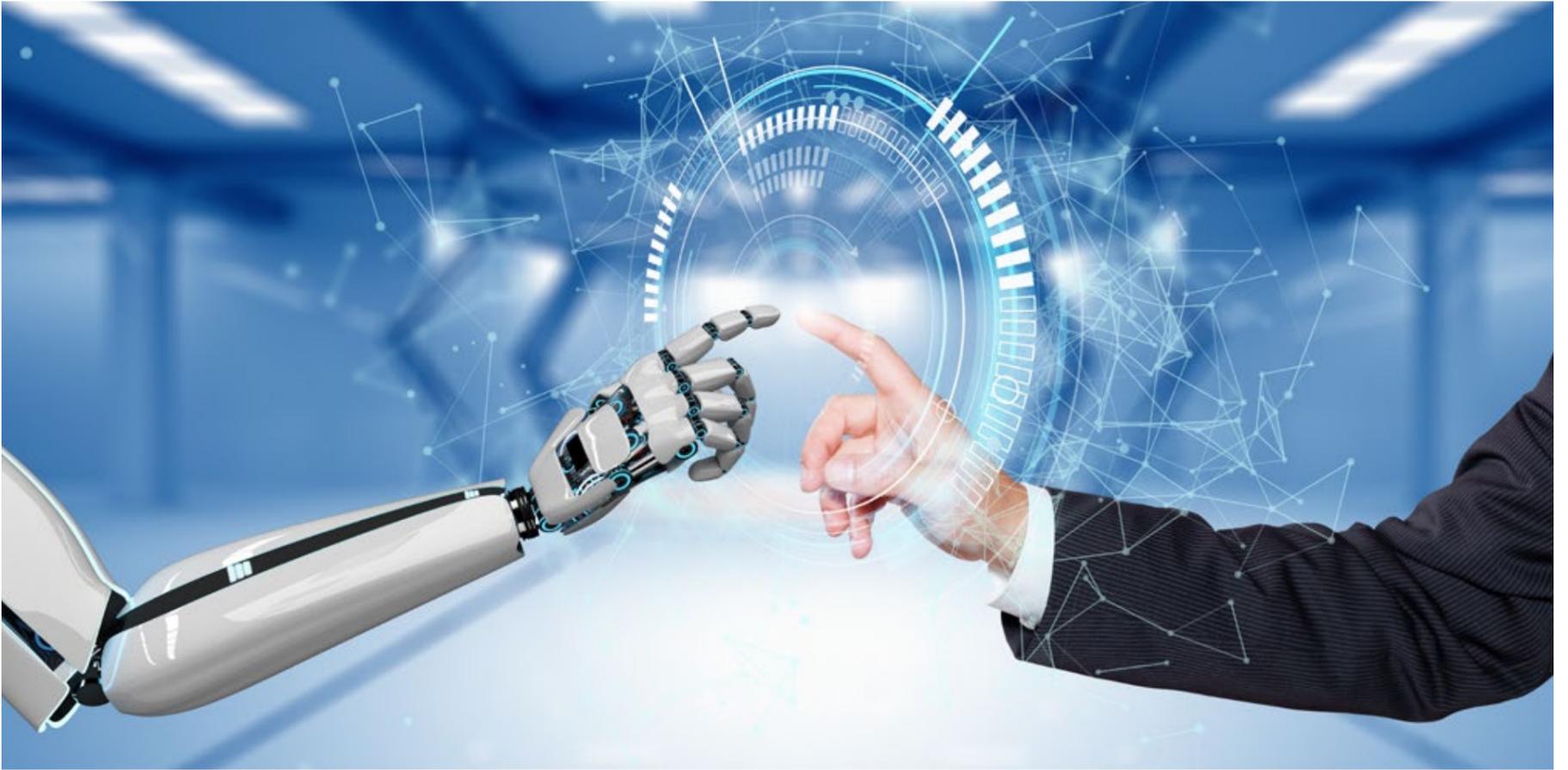
Das Wiener Strategieforum ist eine Plattform für strategisches Management und Innovation, deren Jahrestagung heuer wieder an der Wirtschaftsuniversität Wien stattfindet. Diese exklusive, hochwertige Initiative dient dem Meinungs- und Gedankenaustausch zwischen führenden Wissenschaftlern und Top-Entscheidern aus der Wirtschaft zu den essenziellen Fragen der Zukunftsgestaltung von Unternehmen.

Mit

Christian C. Pochtl | Präsident | Industriellenvereinigung Wien
Othmar Karas | Erster Vizepräsident | Europäisches Parlament
Maria Zesch | CEO | TAKKT Group
Andreas Treichl | Aufsichtsratsvorsitzender | ERSTE Stiftung uvm.



in Kooperation mit
brutkasten



„Digitalisierung sichert unseren Wohlstand“

Im Interview mit „iv-positionen“ spricht Staatssekretär Florian Tursky unter anderem über Chancen und Herausforderungen von künstlicher Intelligenz (KI) – sowie die Notwendigkeit, weitere Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen.



Herr Staatssekretär, derzeit überschlagen sich die Ereignisse rund um Neuerungen im Bereich der künstlichen Intelligenz. Inwieweit kann die österreichische Industrie von diesem Boom profitieren und in welchen Geschäftsfeldern schätzen Sie das Potenzial von KI als besonders groß ein?

Künstliche Intelligenzen leisten einen wichtigen Beitrag, um die Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung zu sichern. Beispielsweise können künstliche Intelligenzen eine Vielzahl von positiven Effekten wie verbesserte Arbeitsabläufe oder vertiefende Datenanalysen mit sich bringen. So können KI-Systeme in der Produktion eingesetzt werden, um Prozesse zu automatisieren und Effizienz und Qualität zu steigern. Außerdem wäre es möglich, solche

Systeme in der Wartung einzusetzen, um Probleme vorherzusagen und somit Ausfallzeiten oder Reparaturkosten zu reduzieren. Diese Innovationen müssen wir fördern. Gleichzeitig müssen wir uns aber auch den Herausforderungen und Risiken stellen, die diese Technologie mit sich bringt. Daher arbeiten wir auch intensiv am AI Act, der erstmals einen europäischen Rechtsrahmen für diese Technologie darstellt.

Abgesehen vom Thema KI: In welchen Bereichen der Digitalisierung kann und soll Österreich zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um seine Wettbewerbsposition weiter zu verbessern?

Die Datennutzung nimmt jährlich zu, daher werden wir unsere Bemühungen im Bereich der Infrastruktur weiter verstärken. Mit dem kontinuierlichen Ausbau der Breitbandinfrastruktur und des 5G-Mobilfunknetzes werden wir Innovationen und Chancengleichheit im ländlichen Raum weiterhin nachhaltig fördern. Allein in dieser Legislaturperiode haben wir 1,35 Milliarden Euro für den Breitbandausbau in die Hand genommen. Jeder Euro, den wir in digitale Infrastruktur investieren, ist eine Investition in Zukunft, Lebensqualität und Wettbewerbsfähigkeit. Ich bin überzeugt davon, dass die flächendeckenden und zuverlässigen Internetzugänge am Ende des Tages entscheidend sein werden, ob wir zu den Digitalisierungsgewinnern gehören oder nicht.

Wir erleben nach wie vor einen akuten Fach- und Arbeitskräftemangel. Das trifft gerade auch Berufe im digitalen Bereich. Was sind Ihre Überlegungen, um hier Abhilfe zu schaffen?

Die Digitalisierung bedeutet vor allem, unseren Wohlstand zu sichern und unsere Gesellschaft fit für die Zukunft zu machen. Dafür benötigt Österreich Bürgerinnen und Bürger mit den entsprechenden Qualifikationen. Daher ist die Verbesserung der digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung eines meiner zentralen Anliegen. Wir haben dazu in einem breiten nationalen Schulterschluss aus Sozialpartnern, Wissenschaft und Zivilbevölkerung die digitale Kompetenzoffensive gestartet. Unser Ziel ist es, dass bis 2030 möglichst alle Menschen über grundlegende digitale Kompetenzen verfügen, der IT-Fachkräftebedarf gedeckt ist und mithilfe des nationalen Referenzrahmens digitale Fähigkeiten mess- und vergleichbar sind. Neben einer gemeinsamen Strategie werden im Zuge der Digitalen Kompetenzoffensive Projekte koordiniert und Maßnahmen umgesetzt, die Basiskompetenzen über alle Altersgruppen verbessern. Das reicht von der Förderung digitaler Talente schon im Kindergarten über die Stärkung der Lehre als einer relevanten Ausbildungsform bis hin zum digitalen Aktionsplan für Universitäten mit dem Einsatz der Digitalisierung in Lehre und Forschung. Im globalen Wettbewerb um IT-Fachkräfte sorgt die Rot-Weiß-Rot-Card dafür, dass hoch qualifizierte Menschen leichter in Österreich arbeiten können. Erst kürzlich wurden die Kriterien für eine Arbeitserlaubnis so modernisiert, dass Menschen mit dringend gebrauchten Qualifikationen ihr Wissen schneller hierzulande einbringen können.

Gerade KMU haben häufig Schwierigkeiten bei der digitalen Transformation. Wie können vor allem auch diese Unternehmen

zielgerichtet bei der erforderlichen Digitalisierung unterstützt werden, was wäre hier aus Ihrer Sicht die optimale Strategie?

Die digitale Transformation kann für KMU eine große Herausforderung darstellen. Wichtig ist, dass auch KMU ein Bewusstsein dafür schaffen, welche Chancen die digitale Transformation auch für kleine Unternehmen bieten kann. Nur wer die Chancen der Digitalisierung heute nutzt, kann seine Prozesse, Produkte oder Dienstleistungen in unserer modernen und vernetzten Gesellschaft verbessern und sein Angebot fit für die Zukunft machen. Mit dem Unternehmensserviceportal USP versuchen wir, mithilfe der Digitalisierung die Verwaltung Schritt für Schritt für Unternehmen einfacher zu gestalten. Das USP unterstützt seine über 500.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer bereits heute mit über 100 angebundenen Services und Behördenverfahren von Bund und Ländern. Darüber hinaus können Unternehmen in Österreich mit den „KMU.DIGITAL“-Förderungen die Chancen der Digitalisierung nutzen: Denn „KMU.DIGITAL“ fördert die individuelle Beratung österreichischer Klein- und Mittelbetriebe durch zertifizierte Expertinnen und Experten zu den Themen Geschäftsmodelle und Prozesse, E-Commerce, IT- und Cybersecurity sowie Digitale Verwaltung. Für viele Unternehmen ist die Suche nach der richtigen Förderung für neue, auch digitale Vorhaben und Projekte eine große Herausforderung – hier schafft die Anwendung „Grants-4Companies“ im USP Abhilfe. Sie ermittelt aus der Vielzahl bestehender Fördertöpfe dank künstlicher Intelligenz rasch die für das jeweilige Unternehmen passenden Förderungen.